

sei die einzige Alternative zum unsozialen System des Kapitalismus.“

Wie er erklärt - immer noch Zitat -

„... gehe es nicht um einen Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern um einen Weg zum wirklichen Sozialismus. Krenz wandte sich gegen das Gerede von einer Wiedervereinigung. Die weitere Entwicklung hänge von der Erschaffung eines gemeinsamen europäischen Hauses ab.“

Nun haben wir das Bild vom gemeinsamen europäischen Haus fast schon zu ausgiebig strapaziert, und mitunter konnte man den Eindruck gewinnen, bestimmte Kreise in Deutschland hätten allen Ehrgeiz, in diesem gemeinsamen Haus zumindest Hausmeister zu werden. Aber immerhin verweist das Bild auf die Existenz unverzichtbarer äußerer Aspekte jeder weiteren Entwicklung.

Gewiß, das alles ist uns höchstens dem Kalender nach noch nahe. Ansonsten aber sind Behauptungen der zitierten Art längst vergessen. Gerade deshalb sollte man ab und zu daran erinnern, wie schnell sich die Situation gewandelt hat.

Aber in den Diskussionen der Volkskammer zur trotz aller Beschwörungen des Herrn Krenz und seiner Gesinnungsfreunde durchgesetzten Einheit konnte man, wie übrigens auch in den Vereinigungsdokumenten, also im Staatsvertrag und ebenso im Einigungsvertrag, meinen, das Haus Europa, die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, seien zweitrangiger Art. Sie auchten jeweils nur in einem oder zwei Sätzen auf.

Selbstverständlich standen sehr zu Recht der Sache nach innenpolitische Probleme im Vordergrund, und bei ihrer vorrangigen Behandlung blieben äußere Aspekte der Einigung eben oft fast völlig außer Betracht. Das ging soweit, daß sich nur wenige darüber im klaren waren, daß wir mit unserem vorgezogenen Beschluß zum Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes eigentlich die Alliierten unter Druck gesetzt haben. Es war so, als müßten sie nun wohl oder übel die 2+4-Gespräche, die damals noch längst nicht abgeschlossen waren, bis zu einem von uns vorgegebenen Termin zu einem guten und für alle akzeptablen Ende bringen.

Allerdings, meine Damen und Herren, hatten jene, die an einem positiven Ausgang nicht zweifelten, guten Grund für ihren Optimismus. Es gab genügend Fakten von internationaler Bedeutung, die der deutschen Einheit den Boden bereiteten.

Anfang Dezember 1989 hatten Michail Gorbatschow und George Bush vor Malta eine neue Ära der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA eröffnet und erklärt: Der kalte Krieg ist vorbei.

Vorher schon hatten - und das ist eher noch wichtiger - Bundeskanzler Kohl und der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow die volle Souveränität für Deutschland vereinbart.

Und nun rückt die Stunde immer näher, in der wir zu einem einheitlichen Deutschland zurückkehren werden. Wenn wir jetzt über den erfolgreichen Abschluß der 2+4-Gespräche, über die ja schon ausgiebig kommentiert wurde, noch eingehender informiert würden, so darf man Genugtuung in dreifacher Hinsicht empfinden: Erstens, daß die Nachkriegszeit endgültig beendet ist. Zweitens darüber, daß die äußeren Aspekte der deutschen Einheit rechtzeitig geklärt wurden. Und drittens darüber, daß Regelungen in der Weise getroffen wurden, wie es auch unseren Vorstellungen und Forderungen entspricht.

Das heißt im einzelnen: Die Klärung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit besteht in erster Linie aus dem Wegfall der alliierten Vorbehaltsrechte, der Herstellung der deutschen Souveränität. Und das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Einheit.

Im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland sehe ich vier Feststellungen, die mir des Hervorhebens wert erscheinen.

1. In der Präambel wird die Vereinigung der beiden deutschen

Staaten in den europäischen Einigungsprozeß eingebettet. Wir haben das auch bisher stets so gesehen.

2. Das Territorium Deutschlands wird in den heutigen Grenzen der Bundesrepublik und der DDR definiert. Das ist eine Grenzgarantie auch für unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn.

3. Die von uns immer wieder geforderte Institutionalisierung des KSZE-Prozesses wird zumindest im Grundsätzlichen erwähnt.

4. schließlich geht es um den Abzug der sowjetischen Streitkräfte bzw. um die Finanzierung ihres Aufenthaltes, solange er noch notwendig ist. Ich gestehe, an diesem Punkt besonders interessiert zu sein, weil ich in einer Stadt wohne, in der auf 32 000 Einwohner noch einmal 30 000 sowjetische Bürger, Soldaten, Offiziere und ihre Familien, Zivilangestellte usw. kommen. Es ist gut zu wissen, daß der deutschen Einheit, die herbeizuführen der wichtigste Auftrag an diesem Parlament war, nun auch unter äußeren Aspekten nichts mehr im Wege steht. - Gehen wir ihr trotz aller Schwierigkeiten, die uns noch begegnen werden, mit Mut und Gottvertrauen entgegen.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Meckel.

#### **Meckel für die Fraktion der SPD:**

Die Unterzeichnung des 2+4-Vertrages war für Deutschland ein großer Tag. Die Außenminister Europas werden Anfang Oktober diesen Vertrag vorgelegt bekommen und förmlich entgegennehmen, ein Vertrag, in dem der Friedenswillen Deutschlands verpflichtend bekundet ist.

Deutschland erhält als geeinter Staat seine Souveränität zurück. Für die Bereitschaft dazu haben wir allen Staaten zu danken. Voraussetzung aber dafür war - und das sollten wir nicht vergessen -, daß die Völker Ost- und Mitteleuropas und die Deutschen in der DDR die Fesseln des Stalinismus abwarfen, sich für Freiheit und Demokratie entschieden und diese erkämpften. Die Solidarität und Verbundenheit mit diesen Völkern gehört in das verpflichtende Erbe des neu entstehenden Deutschland.

In diesen Tagen wird nicht ohne Grund die Vereinigung Deutschlands von vielen mehr als Übernahme und Anschluß an die Bundesrepublik erfahren. Doch auch das erhöht nur die Herausforderung dafür, das geeinte Deutschland nicht nur eine erweiterte Bundesrepublik, sondern eben ein wirklich neues Deutschland sein zu lassen, das auch in Europa ganz neue Aufgaben übernehmen kann. So soll und wird Deutschland nicht nur in den Westen integriert sein, sondern gleichzeitig Brücke nach Osteuropa, Faktor des Friedens und der solidarischen Zusammenarbeit mit diesen Ländern.

Mit dem in Moskau Unterzeichneten Vertrag ist eine wichtige Grundlage dafür geschaffen. Nicht zufällig ist er der Ausgangspunkt für eine Reihe noch folgender dringend notwendiger Verträge, die das Verhältnis zu den Nachbarn in Osteuropa regeln und neue Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenarbeit schaffen sollen. Diese Länder sind durch den Umbau von einer Zentralwirtschaft zu einer Marktwirtschaft in einer schweren ökonomischen Krise und zusätzlich durch den deutschen Vereinigungsprozeß und die schnelle Währungsunion belastet.

Der in Aussicht genommene Grenzvertrag mit Polen sollte jetzt nach dem 3. Oktober unverzüglich ausgehandelt werden. Der erste, gemeinsam gewählte gesamtdeutsche Bundestag könnte ihn dann in seiner ersten Sitzung ratifizieren. Ich hielte das für ein Symbol, das unsere Nachbarn wohl verstünden, gerade angesichts manchen Geschreis, das aus bestimmten Ecken kommt.